

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

145 (26.6.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtgebiet monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolfs Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die Spaltenbreite Millimeterweise 8 Pfennig, Reklametexte 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Plagiaten und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 145

Samstag, den 26. Juni 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag wurde am Freitag über das Mieterschutzgesetz verhandelt, das deutsch-französische Luftfahrtabkommen angenommen und die Preistreibeiverordnung aufgehoben.

Mit wechselnden Mehrheiten wurde im Rechtsauschuß des Reichstags die Beratung über das Fürstenabfindungsgesetz soweit gefördert, daß am Samstag Schluß gemacht werden kann.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages tritt Samstag vormittag zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung an erster Stelle der deutsch-schwedische Handelsvertrag steht.

In Madrid wurde ein politisches Komplott aufgedeckt, das sich gegen die Monarchie richtete. Der spanische König macht in Paris einen Höflichkeitsbesuch.

Italien und England haben ein Abkommen über Abessinien geschlossen.

Umschau.

Zahlen des Volksentscheids. — Vorübergegangene Gefahren. — Die Fehler des Doktrinarismus. — Andere drängende Fragen. — Badische Gesetzgebungsarbeit.

(Durlach, 26. Juni.)

Beim Volksentscheid am letzten Sonntag wurden für den Antrag der sozialistischen Parteien auf entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstentümer rund 14 1/2 Millionen Stimmen abgegeben, während bei den letzten Reichstagswahlen auf die Listen der Sozialdemokraten und Kommunisten nur rund 10 1/2 Millionen Stimmen entfielen. Es haben also rund 4 Millionen Wähler aus den bürgerlichen Parteien für den Antrag gestimmt, fast soviel wie bei den letzten Reichstagswahlen für das Zentrum, das 69 Abgeordnete erhielt, und die 14 1/2 Millionen Stimmen reichen an die Stimmenzahl heran, welche für Hindenburg bei der letzten Reichspräsidentenwahl abgegeben wurden. Verschiedene Schlüsse, die daraus gezogen werden, sind aber offensichtlich falsch. Es ist ebenso falsch anzunehmen, daß die 14 1/2 Millionen sich sozialistisch orientiert hätten, wie andererseits der Versuch scheitern muß, den Volksentscheid zu einer Abstimmung über Republik oder Monarchie umzugestalten. Unter denen, die ihre Ja-Stimmen zum Volksentscheid abgaben, befinden sich sicher aus allen Parteien Inflationsgeschädigte, die offenbar damit gegen das ihnen angetane Unrecht protestieren wollten, und unter denen, die sich mit Nein oder Stimmenthaltung gegen die Fürstenenteignung aussprachen, viele Angehörige der republikanischen Parteien, bei denen ja auch führende Persönlichkeiten sich im gleichen Sinn äußerten.

Während im ganzen Reich sich annähernd 37 Prozent der Stimmberechtigten für die Fürstenenteignung aussprachen, beträgt die Ziffer in unserm stark industriellen Land Baden 38 Prozent, im überwiegend agrarischen Bayern haben nur 22 Prozent der Wahlberechtigten mit Ja gestimmt. Bemerkenswert war es, daß sich auch der Führer der badischen Demokraten Reichstagsabg. Dietrich entschieden gegen die Enteignung ausgesprochen und darauf hingewiesen hatte, daß für Baden die Annahme des Entscheids das Abkommen mit dem Großherzog über den Haufen werfen und die Wegnahme der ihm noch verbliebenen Privatbesitzungen Zwingenberg und Mainau, wie der Herrschaft Salem des Prinzen Max bedeutet hätte.

Die drohende schwere politische Krise, nicht nur eine Reichspräsidentenkrise, sondern auch eine Krise des Reichs, da sich z. B. Bayern sicher nicht dem Volksentscheid unterworfen hätte, ist ja nun vermieden, aber wahrhaft dringend ist es, nun endlich, 8 Jahre nach dem Umsturz diese Frage zu bereinigen. Die Absicht der Reichsregierung, das bekannte Abfindungsgesetz nun endlich durch Annahme im Ganzen ohne Veränderungen zu verabschieden, stieß zu Beginn der Woche bei den Parteien leider auf erhebliche Schwierigkeiten, da die großen Flügelparteien, Deutschnationalen und Sozialdemokraten, sich zwar zur sachlichen Mitarbeit bereit erklärten, aber noch besondere Wünsche ankündigten.

Es muß hier schon gesagt werden, daß die große Gefahr, in die das Deutsche Reich durch den Streit über die Fürstenabfindung gekommen ist, durch eine weniger doktrinaire Haltung der Flügelparteien hätte vermieden werden können. Sie haben bisher das Zustandekommen des Kompromißgesetzes verhindert, das unserer Verarmung Rechnung tragen, den Fürsten lediglich ihr unzweifelhaftes Privateigentum belassen und auch sie an den allgemeinen Vermögensverlusten beteiligen will. Man hat sich rechts und links sozusagen auf den Standpunkt des „Alles oder Nichts“ gestellt, und die Folge ist der unangeheure

politische Verlauf, den wir nun schon seit Monaten erleben.

Dabei haben wir wahrhaftig der Sorgen und der drängenden Fragen genug. Da ist es die unnötigerweise aufs Neue aufgerollte Flaggenfrage, die ja nun dem parlamentarischen Kampf zeitweise entzogen wurde, und für die man in Ausschüßverhandlungen eine Lösung sucht. Weiter ist die Aufwertungsfrage durch die neu in die Wege geleiteten Volksbegehren in der Schwebe. Das Bestreben der Reichsregierung, diese Volksbegehren überhaupt zu verhindern, dadurch, daß ein besonderes Gesetz den etatsrechtlichen Charakter dieser Angelegenheit betont, stößt neuerdings auf Schwierigkeiten bei den Parteien, sodaß man nun daran denkt, durch Richterspruch eine Entscheidung zu suchen. Auch von der Notwendigkeit einer Reform des Wahlrechts wird man immer wieder hören. Erst kürzlich hat der badische Finanzminister Dr. Köhler wieder auf die Unhaltbarkeit unseres Listensystems hingewiesen, das in der Tat einen engen Kontakt des Abgeordneten mit seinen Wählern verhindert und viele Abgeordnete zu reinen Interessenvertretern bestimmter großer Erwerbsgruppen im Reich macht.

Von diesen drei Fragen könnte wohl allein die Flaggenfrage für einen Volksentscheid in Betracht kommen, da die beiden anderen Probleme viel zu kompliziert sind, um mit „Ja“ oder „Nein“ entschieden zu werden. Hier hat das Reichsparlament und damit unser deutscher Parlamentarismus seinen Befähigungsnachweis zu erbringen. Dieser Zwang lastet unerbittlich auf ihm und deshalb braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß es einmal doch wieder politisch vorwärtsgehen muß. Andernfalls ist es unausbleiblich, daß der Lebenswille des deutschen Volkes schließlich andere Wege zu seiner politischen Gesundung findet, wobei freilich die Gefahr besteht, daß er zunächst weiter in die Irre geht und wir noch viel Lehrseld bezahlen müssen.

Der badische Landtag, der in der vorletzten Woche nach den Parlamentsferien wieder zusammentrat, hat wiederum eine schwerumkämpfte Gesetzesvorlage verabschiedet. Es handelte sich um die dritte Forderung des Gebäudesondersteuergesetzes, das wie das Lehrerbildungsgesetz lediglich mit den Stimmen der Regierungsparteien nach sehr ausgiebigen Beratungen im Haushaltsauschuß nun auch im Plenum zur Annahme gelangte. Das Gesetz ist aus den großen Sanierungsmaßnahmen des Jahres 1924, der sog. dritten Steuernotverordnung entstanden, und leider müssen die dadurch aufgetragenen Mittel in großem Umfang weiter für allgemeine finanzielle Zwecke dienen, statt wenigstens ausschließlich dem Wohnungsbau zugutezukommen, da sonst neue Steuerquellen erschlossen werden oder Steuererhöhungen kommen müßten. In Baden soll die größere Hälfte der Einnahmen aus dieser sicherlich unpopulärsten Steuer, 24,6 Mill. dem Wohnungsbau zugute kommen, 22,8 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf Verwendung finden. Dabei sind die Gemeinden, die jetzt nicht mehr 1/2, sondern nur 5/8 Prozent der Einnahmen aus dieser Steuer erhalten, schlechter gestellt und denken schon an Erhöhungen der Umlagen. So kam es, daß zahlreiche Änderungsanträge vorlagen und die Gegenseite recht heftig aufeinanderplatzte, bis schließlich die Regierung mit ihrer Mehrheit obsiegte. Das Gesetz, das sicher noch weitere Änderungen erfahren und den Landtag noch öfter beschäftigen wird, wird weiter einen Janhappel bilden.

Ferner hat der Landtag wiederum 1 Million für produktive Erwerbslosenfürsorge bewilligt, ihm liegt auch die scharf umstrittene 9. Forderung des Grund- und Gewerbesteuerergesetzes vor, die den Haushaltsauschuß bereits in erster Lesung passiert hat. Die erste neue Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe, die bekanntlich simultanen Charakter trägt, ist nun eröffnet worden, später sollen eine katholische Anstalt in Freiburg und eine protestantische in Heidelberg folgen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Juni.

Abg. Dr. West (völk.) fragte am Freitag den Innenminister, in welchem Sinne die Zurückziehung des Gesetzes über den Volksentscheid in Aufwertungsfragen erfolgt sei, ob nun der Weg für den Volksentscheid frei sei oder ob die Regierung glaube, daß schon das geltende Recht bestimme, daß ein Volksentscheid in Aufwertungsfragen nicht zulässig sei. Als der Präsident den Innenminister Dr. Kuls fragte, ob er eine Antwort erteilen wolle, schüttelt dieser verneinend den Kopf.

Das Pariser Luftfahrtabkommen wird in 2. und 3. Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Preistreibeiverordnung wird mit 174 gegen 111 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten in 2. und 3. Lesung angenommen. Die zweite Beratung der Mieterschutzvorlage wird darauf fortgesetzt. Ministerialdirektor Dena hebt

hervor, daß es noch nicht möglich sei, die zwangsweise an diesem Gebiet völlig aufzuheben. Es sollen aber gewisse Härten gemildert werden. Der Mieterschutz sollte bestehen bleiben, aber daneben müssen die Verbesserungen vorgenommen werden, die zur Schonung der Hausbesitzer unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Mieter notwendig und erträglich sind. Das Kündigungsrecht muß erleichtert werden gegenüber solchen Mietern, die schuldhafterweise mit ihren Zahlungen im Rückstand bleiben.

Abg. Lude (Wirtschaftl. Ver.) erklärt, das Mieterschutzgesetz sei ein arzenloses Unglück für das deutsche Volk und führe die deutsche Wirtschaft in den Abgrund. Den Wohnungsluchenden habe dieses Gesetz nur Schaden gebracht ebenso wie den Hausbesitzern.

Dann sprachen noch die Abg. Barth (Dem.), Schmetz (Bay. Vp.) und Seiffert (völk.) im Sinne der Ausschlußschlüsse. Die Abstimmung erfolgt am Samstag.

Die Fürstenabfindung im Rechtsauschuß

Berlin, 25. Juni. Die Beratung des Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstentümern wurde beim Paragraphen 10 fortgesetzt. Er regelt die Entschädigung für die aus dem Vermögen des Fürstentums dem Lande zugewiesenen Theater, Schlösser, Parkanlagen usw. Für die Höhe der Entschädigung soll maßgebend sein, ob die Gegenstände bereits vor 1918 zur regelmäßigen öffentlichen Benutzung oder Beschäftigung freigegeben waren. Der letzte Absatz bestimmt: Bei Kunstschätzen, die das Land der regelmäßigen öffentlichen Benutzung offen zu halten beabsichtigt, darf die Entschädigung den Ertragswert nicht übersteigen.

Abg. Dr. Barth (Dn.) beantragte in erster Linie die Streichung des Paragraphen, weil er es für unzulässig erklärte, das Privatvermögen der Fürsten überhaupt enteignet wird. Wer diese Barriere niederreißt, mache die Bahn frei für den Bolschewismus.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Was der Antrag will, ist bereits in Paragraph 9 erfüllt, der die Zuweisung an das Land an die Voraussetzung knüpft, daß die Gegenstände schon vorher der regelmäßigen öffentlichen Beschäftigung oder Benutzung freigegeben waren. Diese Voraussetzung ist aber bei keinem der fürstlichen Familienarchive erfüllt.

Abg. Dr. Everling (Dn.) begründete einen Antrag, an Stelle des Paragraphen 10 folgenden Paragraphen 12a einzufügen: Die in Paragraph 9 genannten Gegenstände, soweit sie der regelmäßigen Benutzung oder Beschäftigung freigegeben waren, sind dazu auch fernerhin freizugeben. Das Land hat an ihnen ein Vorkaufsrecht zu angemessenen Bedingungen. Die aus der Streitmasse dem Lande zugeteilten bzw. aus Privateigentum enteigneten Gegenstände sind bis zum Ablauf des Jahres 1950 unveräußerlich, unbelastet einer Rückübertragung an das betreffende Fürstentum.

Abg. Schulte (Ztr.) erwiderte, die Mittelparteien seien bereit, den Bedenken der Deutschnationalen gegen den letzten Absatz dadurch entgegenzukommen, daß sie einem neuen Antrag seine Geltung auf diejenigen Kunstschätze beschränken, die bereits vor der Staatsumwälzung von 1918 der öffentlichen Beschäftigung freigegeben waren.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wandte sich gegen die deutschnationalen Anträge, aber auch gegen den Antrag Schulte.

Nach Ablehnung des deutschnationalen Streichungsantrages wurde auch der von Abg. Dr. Everling begründete deutschnationaler Antrag abgelehnt gegen die Stimmen der Antragsteller und ebenso der vom Abg. Barth (Dn.) begründete Antrag. Der Antrag Schulte (Ztr.) (Antrag der Mittelparteien) wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung des völkischen Vertreters mit den Stimmen der Antragsteller und Deutschnationalen angenommen. Der so geänderte Paragraph 10 wurde gegen die drei Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen und Völkischen angenommen.

Mit demselben Stimmenverhältnis wird auch der Paragraph 11 ohne Aussprache angenommen.

Paragraph 12 stellt folgende Grundzüge für die Verteilung der Streitmasse auf: Die Verteilung der Vermögenswerte erfolgt nach Billigkeit, hierbei ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Teile zu berücksichtigen. Den Mitgliedern der vormals regierenden Fürstentümer soll eine angemessene Lebenshaltung gewährleistet und die Möglichkeit gegeben werden, ihre Verpflichtungen zum Unterhalte von Familienangehörigen sowie zur Zahlung von Gehältern, Ruhegehältern und Hinterbliebenenunterstützung, deren Rechtsgrund in der Zeit vor der Staatsumwälzung des Jahres 1918 liegt, zu erfüllen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte, einen Zusatz, wonach die Garantie der angemessenen Lebenshaltung auf die jetzt lebenden Mitglieder der Fürstentümer beschränkt wird.

Abg. Wunderlich (D. Vp.) stimmte für die Mittelparteien diesem Antrage zu. Der sozialdemokratische Antrag wird mit der Stimmen der Mittelparteien angenommen. Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag, der bei der Garantierung der angemessenen Lebenshaltung die Möglichkeit des Überganges zu einer bürgerlichen Beruf beruht, wird abgelehnt. Paragraph 12 wurde mit demselben Stimmenverhältnis wie die vorhergehenden angenommen, ebenso ohne Debatte Paragraph 13, der ein Übertragungsrecht für Vermögensstücke feststellt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Rente mit dem 31. Dezember 1950 erlöschen lassen will, wurde abgelehnt und Paragraph 14 mit dem üblichen Stimmenverhältnis angenommen. Paragraph 16 bestimmt, daß auf die Aufwertung die auch sonst geltenden gesetzlichen Bestimmungen gelten sollen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte einen Änderungsantrag, in dem verlangt wird, daß bei der Aufwertung darauf Rücksicht genommen wird, welcher Goldmarkbetrag den Leistungen zurzeit ihrer Festsetzung entsprach.

Abg. Coerling (Dn.) bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag und begründete eine Antrag seiner Freunde auf Streichung des zweiten Absatzes des Paragraphen 16. Dieser Absatz behauptet eine Schlechterstellung der Fürsten und verleihe den Eindruck, daß hier ein Enteignungsgesetz geschaffen wird.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) wandte sich gegen den deutsch-nationalen Antrag.

Abg. von Vindeiner-Wilbau (Dn.): Da hiernach ein Sonderrecht zu Ungunsten der Fürsten geschaffen wird, muß ich fragen, ob der Reichsanwalt das mit seiner dem deutschen Volke feierlich abgegebenen Erklärung für vereinbar hält.

Staatssekretär Koel vom Reichsjustizministerium: Ich kann natürlich jetzt für den Reichsanwalt keine Erklärung abgeben. Es liegt in der Tat hier eine Abweichung von den allgemeinen Regeln der Aufwertung vor.

Zu einer größeren Aussprache führte der folgende Paragraph 18, der folgenden Wortlaut hat: „Kapitalbeträge oder Rentenzahlungen, die nach einer Entscheidung des Reichsfinanzgerichts oder nach einem vor dem Reichsfinanzgericht abgeschlossenen Vergleich von einem Lande an ein normals regierendes Fürstentum oder eines seiner Mitglieder zu zahlen sind, dürfen von dem empfangsberechtigten Partei bis zum Ablauf des Jahres 1956 nur für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse oder zu wohltätigen oder kulturellen Zwecken verwendet werden. Bis zum gleichen Zeitpunkt darf ausbezahltes Kapital nur mit Genehmigung des Landes ins Ausland gebracht werden.“

Abg. Dr. Barth (Dn.) begründet einen Antrag auf Streichung des Paragraphen 18. Dieser Paragraph sei eine offene Verletzung der Rechtsgleichheit und mache die ehemaligen Fürsten geradezu zu Staatsbürgern zweiter Klasse.

Abg. Rosenfeld (Soz.) beantragt eine Verschärfung des Paragraphen dahin, daß die Gelder von der Reichsbank verwaltet werden.

Abg. v. Brandner (Dn.) erklärt, der frühere sozialdemokratische Finanzminister Dr. Südekum habe 1918 gesagt: Ich muß respektieren, daß das preussische Königshaus nicht das geringste bisher getan hat, um die Entschädigung oder die Entwidlung des neuen Staates zu hemmen. Der dem Zentrum angehörende Justizminister Am Zehnhoß bezeichnete sie von dem ungarischen Finanzminister Simon erlassene Beschlagnahmeverordnung des Hohenzollernvermögens als ein juristisch schlechtester Art. Als der preussische Staat das Gebäude erwarb, in dem jetzt der Reichspräsident wohnt und ein Verkaufspreis an den Kaiser nach Holland überwiesen wurde, lag es nahe, daß der Kaiser den Betrag sofort in holländischen Werten anlegte. Reichsfinanzpräsident Hagen hat ihn mit Rücksicht auf die gefährdete deutsche Währung davon abgesehen und der Kaiser hat in Lokalität gegen sein Vaterland diesem Wunsche in großem Umfang entsprochen. Das alles sind Belege dafür, daß das Haus Hohenzollern bisher nicht das geringste getan hat, um den heutigen Staat in seiner Entwicklung zu hemmen.

Abg. v. Nitzthofen (Dem.): Der Paragraph 18 enthält etwas Selbstverständliches.

Geheimrat Frank: Von preussischer Seite würden keine Bedenken dagegen bestehen, wenn der letzte Absatz in folgender Weise geändert würde: „Bei Zuziehung der Verhandlungen gegen diese Verpflichtungen entscheidet auf Antrag des Landes das Reichsfinanzgericht.“

Abg. Schulte (Str.) erhebt diesen Vorschlag des Regierungsvertreters zum Antrag der Mittelpartei.

Hierauf wurde die von den Mittelparteien beantragte neue Fassung des letzten Absatzes mit den Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten angenommen. Die Änderungsanträge der Deutschnationalen und Sozialdemokraten werden abgelehnt.

Der Vorliegende Dr. Kohl beraumt dann die Schlußberatung auf Samstag.

Vorbereitende Kommission zur Abrüstungskonferenz

Von Graf von Bernstorff, M. d. R.

Die Ueberschrift dieses Artikels soll gleich hervorheben, daß in Genf nicht eine Abrüstungskonferenz stattfindet, sondern nur eine vorbereitende Kommission arbeitet, die eine Basis für die künftige Konferenz herzustellen hat. Dementsprechend sind bisher weder sachliche Beschlüsse gefaßt worden, noch ist irgend ein Erfolg der einen oder anderen Seite zu konstatieren. Alle hierauf bezüglichen Pressemeldungen sind lediglich für den innerpolitischen Bedarf der betreffenden Länder bestimmt.

Die vorbereitende Kommission hat ihre Tätigkeit, die sicher ein Jahre in Anspruch nehmen wird, eben erst begonnen und die erste Sitzung erreicht durch Sichtung des Materials. Entscheidung

über Arbeitsmethoden und Ueberweisung der nicht politischen Teile des ihr vorgelegten Fragebogens an ihre zwei Unterkommissionen.

Die beiden Unterkommissionen dankten ihre Existenz einem amerikanischen Antrage. Die Vereinigten Staaten wünschten, daß die vorbereitende Kommission alle Arbeit vollkommen selbstständig leisten sollte, wobei aber Unteraussschüsse der Hauptkommission nicht ausgeschlossen waren, nur dürfen sie nicht die politischen Fragen behandeln, die ausdrücklich der Kommission selbst vorbehalten sind.

Wie erinnert ist die vorbereitende Kommission von dem Völkerbunde eingeladen und mit einem Fragebogen versehen worden. Ihr gehören alle im Völkerbunde vertretenen Staaten an und außerdem die Völkerbundsstaaten: Argentinien, Chile, Polen, Bulgarien, Finnland, Niederlande, Rumänien, Tschechien, sowie die noch nicht dem Völkerbunde angehörigen Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland, während Rußland bekanntlich die Einladung ablehnte. Die vorbereitende Kommission besteht also aus den Vertretern von 20 Staaten. Die deutsche Delegation hatte die, für unsere dem Völkerbunde gegenüber ungeläufige Stellung, einzig mögliche Instruktion erhalten, die Arbeiten der Kommission nach Kräften zu fördern und im übrigen eine würdige Zurückhaltung zu üben. Diese Generalanweisung schloß die sofortige Stellung radikaler Forderungen aus, die von einzelnen deutschen Seiten gewünscht wurden, aber den Gang der Kommissionsarbeiten nur beeinträchtigt hätten. Sofort wäre das Geheiß der deutschen Gefähr als Vorwand benutzt worden, um jede Abrüstung abzulehnen, wenn wir z. B. gleich eine allgemeine Abrüstung auf das deutsche Maß oder die Auf- bzw. Umrüstung Deutschlands gefordert hätten. Es konnte sich für uns nur darum handeln, der Kommission in geeigneten Fällen einen Spiegel vorzuhalten und ihr darin das Bild zu zeigen, das dem Art. 8 der Völkerbundsstatute so wenig entspricht.

Somit mußte die deutsche Delegation unsere Stellung zur großen Politik zum Völkerbunde und zur Frage der Abrüstung gleichmäßig im Auge behalten. Wir durften die allgemeine deutsche Politik nicht durch Einnahme einer anderen Frontstellung ändern. Wir durften unseren Eintritt in den Völkerbund nicht erschweren, denn schließlich war es das erste Mal, daß wir in Genf in einer wichtigen politischen Frage mitarbeiteten. Der Völkerbund steht und fällt mit der Abrüstung. Gelingt ihm diese nicht, so wird die öffentliche Meinung der Welt den Völkerbund über Bord werfen. Man kann über die Priorität streiten, die den einzelnen Teilen des Völkerbunds-Dreiecksystems: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung, zu gewähren ist, aber man kann keinen der drei Teile auslassen, ohne das ganze Werk zu diskreditieren. Damit ist unsere Stellung zur Abrüstung gegeben. Wir haben Sicherheit und Schiedsgericht bewahrt und können jetzt auf Grund der Präambel von Teil 5 des Versailles-Vertrages die Abrüstung der anderen verlangen, damit auch wir Sicherheit erhalten. In der vorliegenden Frage dreht sich die englisch-französische Differenz nicht so sehr um das viel besprochene „potentiel de guerre“, wie meistens in der Presse angenommen wird. Hier ist eine formale Einigung über die Verhandlungsmethode erzielt worden. Die Formeln, die aufgefunden wurden, sind die folgenden: 1. Die Abrüstung kann sich nur auf die sichtbare Friedensstärke beziehen, 2. Jede Regierung soll der Abrüstungskonferenz bestimmte Vorschläge unterbreiten, inwieweit sie bereit ist, abzurufen. Bei Punkt 2 wird es sich nicht vermeiden lassen, daß alle Staaten auf ihr eigenes „potentiel de guerre“ hinweisen, bzw. auf das ihrer Nachbarn. Dagegen hat auch Lord Cecil keinen Widerspruch erhoben. Die englisch-französische Differenz dreht sich vielmehr hauptsächlich darum, daß England durch Abrüstung Sicherheit schaffen will, während Frankreich immer antwortet, daß erst völlige Sicherheit herrschen müsse, bevor man abrufen könne. Diese Sicherheit sucht Frankreich in einem Ausbau des Art. 16 der Völkerbundsstatute nach Muster des Genfer Protokolls, worauf England erwidert, daß es keinesfalls weitere Verpflichtungen aus Art. 16 übernehmen wolle, wenn nicht vorher eine allgemeine Abrüstung erfolgt. Nach dem Vorstehenden kann es keinem Zweifel unterliegen, in dieser Streitfrage mit England zu gehen. Wir dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir den Gegenstand vertiefen. Die Vereinigten Staaten nehmen den gleichen Standpunkt ein, wobei sie aber, ebenso wie England, der Auffassung sind, daß man langsam vorgehen und eine gründliche Aussprache gestalten müsse. Diesem Zwecke dienen die Verhandlungen der Unterkommissionen, die jeden Vorwand einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen, beseitigen sollen. Demnach ist die Abrüstungsrede des Präsidenten Coolidge nicht als die vorbereitende Kommission, sondern als Ermahnung anzusehen, daß jedenfalls ein günstiges Ergebnis erzielt werden müsse. Diese allgemeinen Gesichtspunkte vorausgesetzt, wäre über die Verhandlungen der Kommission im einzelnen folgendes zu sagen: Der englisch-ameri-

nische Wunsch, die Entscheidung herbeizuführen, kam zuerst zum Ausdruck, indem die Öffentlichkeit der Verhandlungen bestimmt und der Versuch gemacht wurde, Herrn Paul Boncour zum Vorsitzenden zu wählen. Er lehnte aber den Vorschlag ab, worauf der Niederländer Louden gewählt wurde, der sich größter Unparteilichkeit befleißigt. Er überließ die Führung den beiden Protagonisten Paul Boncour und Lord Cecil. Zunächst wollte Herr Louden jede allgemeine Debatte ausschließen, die einzelnen Fragen an die Unterkommissionen verteilen und schon vor Beginn auseinandergesetzen. Diese Absicht konnte er aber nicht durchsetzen, da die Öffentlichkeit sich als zweischneidiges Schwert erwies. Da die Debatte sich in das Unerlöse zu verlieren drohte, was bei Anwesenheit von 20 Delegierten nicht erkaunlich war, kam man auf den Einfall, eine Redaktionskommission einzusetzen. Die Bezeichnung Redaktionskommission war insofern irreführend, als schließlich alle sachliche Arbeit von ihr geleistet wurde. Zum Berichterstatter wurde der Belgier Broderez ernannt, der sich als solcher sehr geschickt und unparteiisch erwies. Es würde zu weit führen, wenn ich den ganzen Fragebogen hier besprechen wollte. Dazu ist noch später Zeit, wenn die Berichte der Unterkommissionen vorliegen. Die festgestellte Arbeitsmethode ist die folgende: Beide technischen Unterkommissionen sollen ihre Berichte der vorbereitenden Kommission einreichen, deren Mitglieder sie dann ihren Regierungen zu übermitteln haben, so daß bei dem nächsten Zusammentritt der Kommission bestimmte Instruktionen der Regierungen vorliegen. Mehrere Punkte wären noch zu erwähnen, nämlich die spätere Kontrolle der Abrüstung, die allgemeine Wehrpflicht, der chemische, bakteriologische und Luftkrieg, die regionale Abrüstung und der Hauptstreitpunkt, Art. 16 der Völkerbundsstatute. So ziemlich alle Staaten sprachen sich gegen eine Kontrolle aus, doch setzte es der Berichterstatter durch, daß die Frage geprüft werden soll. Lord Cecil regte die Prüfung der Frage der allgemeinen Wehrpflicht an, und ich unterstützte diesen Vorschlag. Da aber Frankreich und Italien lebhaft widersprachen, weil diese Angelegenheit eine interne der einzelnen Staaten sei, so Lord Cecil seinen Antrag zunächst zurück, vorbehaltlich späterer Wiederaufnahme. Hier spielt ein wichtiger Grund mit hinein, warum wir die Herabsetzung der Rüstungen anderer Staaten auf unser Maß nicht verlangen konnten, nämlich weil wir unsere Rüstungsform für schlecht halten, die ein Maximum von Kosten mit einem Minimum militärischer Leistungsfähigkeit verbindet.

In einer meiner Reden hatte ich erwähnt, daß es empfehlenswert wäre, der öffentlichen Meinung Genüge zu tun, indem man zunächst die für Nichtkombattanten grausamste Form der Kriegsführung, nämlich den chemischen und Luftkrieg abschafft. Demals hatte Lord Cecil unter sonstiger Anerkennung meiner Worte die Ansicht vertreten, daß ein solches Verbot nicht tunlich sei, weil es doch von Staaten, die um ihre Existenz kämpfen, übertreten werden würde. Zwei Tage darauf brachte er selbst in der Redaktionskommission entsprechende Anträge ein.

Der Völkerbundsrat hatte beschlossen, daß alle in der Kommission nicht vertretenen Staaten das Recht haben sollten, mündliche oder schriftliche Erklärungen abzugeben. Hiervon machten Griechenland und Ungarn Gebrauch. Die betreffenden Memoranden wurden den Unterkommissionen überwiesen. Da aber das ungarische Memorandum deutlich gegen den Vertrag von Trianon vorging, erhoben sich die Vertreter der Kleinen Entente einer nach dem anderen zu gebärdigten Protesten. Namentlich Herr Beveridge, der Delegierte der Tschechoslowaken, betonte, daß die Kommission auf der Basis der Verträge einberufen sei und auf dieser Grundlage verhandele. Seine Aeuerung nötigte mich zu der Bemerkung, daß die Wechselwirkung zwischen der späteren Abrüstung und den Verträgen vorbehalten werden müsse, worin mir der französische Delegierte ausdrücklich zustimmte. Es ist klar, daß ein allgemeiner Abrüstungsvertrag die Friedensverträge ebenso abändern wird, wie der Dawesplan es getan hat. Zweifelsfrei kann nur sein, ob es taktisch richtig ist, vorzeitig von Revision der Verträge zu sprechen, da es uns nicht auf Worte, sondern auf praktische Resultate ankommt. Zum Schluß sei die Hauptfrage erwähnt, die dadurch zur Erörterung kam, daß Herr Paul Boncour sagte, kein Staat könne die ihm mögliche Abrüstung berechnen, ohne zu wissen, welche Sicherheit er aus Art. 16 der Völkerbundsstatute genieße. Deshalb müsse dieser Artikel präzisiert werden, wozu er besondere Anträge stellte. Damit erreichten die Verhandlungen ihren Höhepunkt. Lord Cecil weigerte sich, die französischen Anträge zu bejahen, da diese Frage nicht zur Kompetenz der Kommission gehöre und er daher keine Instruktionen habe. Zuständig sei hier nur der Völkerbund und keinesfalls eine Kommission, in der sich Delegierte von Staaten befänden, die noch nicht dem Völkerbunde angehörten. In einem Memorandum legte Lord Cecil in aller Schärfe den englischen Standpunkt nieder, wonach eine allgemeine Abrüstung den Ausbau des Art. 16 vorangehen müsse. Am Sonnabend vor Beginn der Verhandlungen schien ein unauflösbarer Konflikt vorzuliegen, der zum mindesten eine Vertagung der Kommission erforderte. Ar-

Das Geheimnis von Hollenberg.

Roman von Panhups.

Copyright 1925 by Kari Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf. Nachdruck verboten.

„Der Arme!“ Verena empfand inniges Mitleid mit dem ihr unbekannten Onkel, der sein Dasein seit langem in Einsamkeit und Menschenverachtung verbracht hatte, und der in dem Wagen gestorben war, nun der wilde Jäger zu werden und nach seinem Tode die verhasste Kleinstadt mit seiner wilden Jagd aus ihren klumpigen Träumen hochschreden zu können.

Im Arbeitszimmer des Verstorbenen fand die Testamentseröffnung statt. Außer dem Anwalt und Verena Lohmann hatten sich sämtliche Dienstboten eingefunden. Sie standen an der einen Zimmerleiste beieinander.

Neben Verena nahm eine nicht mehr junge Dame von schlanker, mädchenhafter Erscheinung Platz, die Verena mit fragenden Augen maß, ein Herr Ende der Zwanzig befand sich in ihrer Begleitung.

Martin Gutschmid stellte vor, nannte die Namen der zwei: Charlotte von Holten und Albrecht von Holten. Die beiden waren Mutter und Sohn. Verena hätte Frau Lotte eher für eine ältere Schwester des schlanken Herrn gehalten.

„Also besaß Franz von Holten noch Verwandte, die seinen Namen trugen.“

Wahrscheinlich waren sie die Haupterben, die es ihr noch übel vermerken würden, wenn ihr irgendein Schmutzstück zufiel.

Martin Gutschmid hatte an einem Tisch Platz genommen, sein Schreiber lag neben ihm.

Der Anwalt erhob sich, sprach ein paar einleitende allgemeine Worte und fuhr dann fort:

„In seiner letzten Stunde mußte ich auf Wunsch des seligen Herrn Franz von Holten, Gutsbergn auf Hollenberg, sein Testament schreiben. Er diktierte es mir bei völlig klarem Verstand, und so ist es denn meine Pflicht, den letzten Willen des Entschlafenen nach besten Kräften erfüllen zu helfen.“

Er öffnete das Siegel des Testaments und begann zu lesen. Verena hörte Worte ohne Sinn. Sie ward den beengenden Druck um Brust und Stirn nicht los, der sie quälte, seit sie das Telegramm erhalten. Martin Gutschmid las laut:

„Zu Universalerben meines gesamten Gutsbesitzes und Vermögens (abgesehen von dem, was meine Dienerschaft erhält) setze ich zwei Verwandte je zur Hälfte ein. Soweit ich weiß und

wohl annehmen darf, kennen sich die zwei nicht, und ergibt sich vielleicht ein wenig angenehmes Verhältnis zwischen ihnen, weil ich sie nur zu Erben einsetze, wenn sie zusammen und ohne alle Streitigkeiten alles gemeinsam übernehmen. Der Name des einen Erben ist Albrecht von Holten, derzeit, wenn ich recht unterrichtet bin, Doktor der Chemie in Berlin. Er ist der Sohn einer angeheirateten Liebesromane Fabrikant. Habe nie für weibliches Federwerk etwas übrig gehabt. Lotte von Holten aber hat mir dennoch durch ihren fleißigen Achtung abgerungen. Der zweite Erbe ist eine Dame und heißt Verena Lohmann. Sie ist die älteste Tochter meiner verstorbenen, um zwanzig Jahre jüngeren Schwester und lebt derzeit bei ihrem Onkel, dem Schriftsteller Karl Lohmann in Frankfurt am Main. Am geschicktesten ist's, die beiden Haupterben heiraten sich, sollen dann aber die Kleinstadt zu ihren Füßen meiden, Gestalt der ehrwürdigen Menschen ist Gift, das langsam, aber sicher alles Edle und Gute vernichtet. Finden die beiden jedoch weder aus Liebe noch aus Berechnung zusammen, so müssen sie leben, wie sie trotz dem Hollenberg gemeinsam bewirtschaften. Albrecht von Holten ist frei zu heiraten, wen er mag, er bleibt Erbe; wenn hingegen Verena Lohmann einen anderen als ihn zum Manne nimmt, fällt ganz Hollenberg an Albrecht von Holten, und hat er ihr nur nachgenannte Summe auszuzahlen, die auf meiner Bank deponiert ist und vorläufig als Betriebskapital für das Gut mitverwendet werden kann. Jedoch darf nicht etwa allein mein Erbe antreten, mein Testament gilt nur für beide Erben zugleich. Im Fall auch nur ein Teil der Erbschaft sofort einragt, ist dieses Testament ungültig und soll alles, was ich hinterlasse, dem Landwirtschaftlichen Verein zufallen, dessen Mitglied ich lange Jahre war.“

Martin Gutschmid las dann noch einige Sätze, die sich auf die Dienstboten bezogen, und schloß: „Ich hoffe, daß alle Erben den letzten Willen des seligen Herrn von Holten respektieren werden.“

War das eine Frage?

Verena sah wie von Feuer umflossen. Ihre bleichen Wangen hatten sich gerötet, und ihr Herz schlug unregelmäßig und hart. Wenn sie die Erbschaft annahm, war sie eine reiche Erbin, wurde über Nacht aus einem Dornröschen zur Märchenprinzessin. Durfte in diesem Schloß leben, brauchte nie mehr in das stumpfe, dumpfe Geschäft von Heuer und Wulf zu gehen, um über Eisenwaren ein gros deutsche und anderssprachige Briefe zu schreiben. Brauchte nicht mehr jeden Morgen früh aus dem Bett und abends Strümpfe und Handschuhe auszuziehen. Und auch Alla hatte das nicht mehr nötig, die wilde, liebe, herrergute Alla. Und Onkel

Lohmann durfte schreiben, was ihm behagte, konnte sich Zeit lassen bei seinen Arbeiten. Gutsbergn war sie über Nacht geworden.

Mit einem Male nahm ihr Denken andere Wege. Sie erlöste ja nicht allein.

Ihre Augen suchten Albrecht von Holfens Blick, doch sofort lenkte sie die Wimpern wieder. Ihr war's, als hätte sie Spott und Mitleid in den Augen des Mannes gelesen.

Ihr Stolz erhob sich.

Laut sagte sie: „Ich nehme die mir zugesallene Erbschaft dankbar an, da ja der testamentarische Rat des Onkels, daß sich die zwei Haupterben am besten heiraten sollen, meine Bedingung ist. Konkret würde ich natürlich lieber auf das Erbe verzichten.“

Sie, die sonst nicht allzu Verebte, mußte selbst nicht, woher sie den Mut genommen, so zu sprechen.

Aber der Blick Albrecht Holfens hatte sie zornig gemacht. Mochte er nur gleich wissen, daß sie nicht daran dachte, sich von praktischen Gründen zu der Ehe mit einem ungeliebten Mann bestimmen zu lassen. Kam einmal einer, den sie liebte, dann gab sie gern ihren Anteil an Hollenberg auf.

Martin Gutschmid mußte heimlich lächeln über Verena Lohmann, aber ihre Art gefiel ihm.

Albrecht von Holten sah an Verena Lohmann vorbei, sprach zu dem Anwalt:

„Auch ich nehme die mir zugesallene Erbschaft dankbar an. Selbstverständlich würde auch ich verzichten, wenn die angeordnete Ehe Bedingung wäre.“

Verena blühte sich auf die Lippen. So, die Antwort ließ an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Aber so peinlich der kleine, von ihr selbst herbeigerufene Zwischenfall auch war, schuf er doch wenigstens Klarheit. Albrecht von Holten und sie wußten doch nun, wie sie beide miteinander standen. Die Dienstboten lächelten verstohlen, und Frau Charlotte dachte, mochten die beiden miteinander stehen, wie sie wollten, ihr gefiel die schöne Verena Lohmann, sie wollte gute Freundschaft mit ihr halten.

„Sie reichte ihr impulsiv die Hand. „Zu mir brauchen Sie nicht so trüblich zu sein, ich will Sie nicht heiraten!“

Da lächelte Verena Lohmann und erwiderte dem Händedruck der Dame mit leichtem Aufsatzen. Sie braute eigentlich doch schon, was sie vorher gesagt, und wenn ihr Albrecht von Holten auch fremd und gleichgültig war, so hätte er doch vielleicht mit der Zeit ihr guter Freund werden können. Aber das hatte sie nun verborgen.

(Fortsetzung folgt.)

einigen sich aber die beiden Gegner auf einen gemeinsamen Antrag, der, am Montag eingebracht, eine rein formale Lösung der Differenzen bedeutete. Die Anträge sollten unter Zurückziehung der beiderseitigen Memoranden an den Reichstag zurückverwiesen werden, der über sie zu entscheiden hätte. Wenn ich auf dem Boden unserer Gesamtpolitik bleiben wollte, mußte ich diesem Antrage zustimmen. Seine Annahme war sicher. Es konnte sich also nur um ein nützliches Scheitern oder eine freundliche Zustimmung zur erfolgten Einigung handeln. Ein alter Diplomat narundhaft sagt, daß mühsam Gaineden Wert der Verhandlungen über Art. 16 im Reichstag vor unserm Eintritt nicht erwünscht sein können. Eine Bestimmung unsererseits über solche Verhandlungen hätte die Sache aber nur schlimmer gemacht. Auch ist der Gegenstand in dieser Frage zwischen England und Frankreich so groß, daß wir im September doch nichts dabei herauskommen kann.

Deutschland.

Der Gehesentwurf gegen Volkseigentum in Aufwertungsfragen zurückgezogen

Berlin, 25. Juni. Der Reichstag hat am Donnerstag beschlossen, den von der vorigen Regierung eingebrachten Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volkseigentum als ersten Punkt auf die Tagesordnung der Freitagssitzung zu setzen. Die sachliche Einstellung der gegenwärtigen Regierung zum Problem der Aufwertung ist die gleiche, wie die der vorigen Regierung. Sie hält es für wirtschaftlich verhängnisvoll, das Aufwertungsproblem erneut aufzurollen. Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage glaubt die Regierung jedoch, daß eine Verhandlung des vorliegenden Gesetzes diese Gefahr zurzeit erhöhen würde. Um diese Folgen zu vermeiden, hat die Reichsregierung die Zurücknahme dieses Gesetzes beschlossen.

Der Reichstag zur Fürstenabfindung

Berlin, 25. Juni. Der Reichstag genehmigte in seiner Sitzung die Verlängerung des Gesetzes über die Ausschließung von Verfahren (Sperrgesetz) betreffend die Fürstenabfindung bis zum Ende des Jahres 1926. Der Berichterstatter der Ausschüsse hob hervor, daß dieses Gesetz eingebracht worden ist, weil das Schicksal des Regierungsentwurfes zur Fürstenabfindung noch nicht zu übersehen wäre.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Berlin, 25. Juni. Der Vizepräsident des Reichstages beschloß am Freitag die Dispositionen für den Rest des gegenwärtigen Tagungsabschnittes. Am Montag werden das Altersruhegesetz in dritter Lesung, sowie Erwerbslosenfragen verhandelt werden. Für die Dienstagssitzung ist die zweite Beratung des Gesetzes für die Fürstenabfindung vorgesehen. An dem Schlußtermin vom 2. Juli wird fortgefahren.

Einigung zwischen Reichsbahngesellschaft und Gewerkschaften

Berlin, 25. Juni. Nach der Vereinbarung zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften werden die Ansprüche aus der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1926 pausaliert, um die Arbeiter möglichst bald und in einfachster Weise in den Genuß ihrer Mehrbeträge kommen zu lassen. Die mindestens 24-jährigen Arbeiter erhalten für jeden Kalendermonat, der in diese Zeit fällt, ein Pauschalabfindungswelche beträgt: Für die Arbeiter der Lohngruppen 1-5 2.30 Mk., der Lohngruppen 6 und 7 4.60 Mk., und der Lohngruppen 7 und 8, soweit für ihre Dienstorte Ortszulagen von 25 Prozent und darüber bestehen, 6.90 Mk. Vom 1. Juli 1926 an werden die durch den Schiedsspruch festgesetzten höheren Löhne der Berechnung der Bezüge der Arbeiter zugrunde gelegt.

Tausende von Todesopfern eines Dammbrechens in Mexiko

Berlin, 25. Juni. Die Stadt Leon im mexikanischen Staat Guanajuato wurde infolge eines in der Nacht stattgefundenen Dammbrechens durch Hochwasser zweier Ströme zerstört. Ein 2 1/2 Meter hoher Wasserfall spülte Häuser, Menschen und Vieh fort. Die Zahl der bei der Katastrophe umgekommenen Personen ist vorläufig nicht zu ermitteln, wird aber auf Tausende geschätzt. Die Bahngleise selbst an den hochgelegenen Punkten Leons stehen unter Wasser, infolge dessen ist Lebensmittel dorthin zu schaffen. Die jetzt 60 000 Einwohner zählende Stadt wurde am 18. Juni 1888 von einer ähnlichen Katastrophe heimgesucht, wobei 200 Personen umluden und 2000 Häuser zerstört wurden.

Ausland.

Der französische Befehlshaber im Rheinland

Paris, 25. Juni. Wie „Journal“ wissen will, soll das Mitglied des Obersten Kriegsrats General Targe den zum Kriegsminister ernannten General Guillaumat als Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland ersetzen, weil General Targe bereits im Voraus für den Fall einer Mobilisierung zum Befehlshaber dieser Armeekorps ausgerufen und übrigens auch schon zur Leitung der diesjährigen Manöver im Rheinland bestimmt gewesen sei.

Amerika und die Abrüstungsfrage

Washington, 25. Juni. Die Ablehnung der amerikanischen Vorschläge über die Beschränkung der Tonnagezahl für U-Boote durch die Marinekommission der Genier Abrüstungskonferenz hat in den amerikanischen Kreisen in Washington große Ueberbaurung ausgelöst. Es wird darauf hingewiesen, daß die Tonnagebeschränkung der Hauptpunkt der Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien unterzeichneten Verträge von Washington ist.

Aus Baden

Badischer Landtag

Karlsruhe, 24. Juni. Eingegangen ist eine förmliche Anfrage der Deutschen Volkspartei, die si hagen die polizeiliche Genehmigung der Vorführung des Films „Panzerkreuzer Potemkin“ in badischen Städten wendet. — Zunächst werden kurze Anfragen erledigt. Auf eine Anfrage des Zentrums wegen der Rückgabe der badischen Häfen erklärt Regierungsrat Seeger namens des Finanzministers, die Reichsbahn-Gesellschaft habe es abgelehnt, in die von der badischen Regierung geforderten gemeinsamen Verhandlungen der beteiligten Länder über den Abschluß des Betriebsvertrages einzutreten. (Hört, hört!); sie habe statt dessen örtliche Verhandlungen eines jeden der beteiligten Länder mit der zugehörigen Reichsbahndirektion angeregt. Inzwischen wurde bekannt, daß es Bayern gelungen ist, durchzusetzen, daß der Weritbetrieb seit Anfang dieses Jahres dem Lande zu rückgegeben wurde. (Hört, hört!) Die badische Regierung sei daraufhin nachdrücklich schriftlich und mündlich vorstellig geworden, damit Baden ähnliche Zugeständnisse erhalte. (Lebhafte Zustimmung.) Es sei geantwortet worden, daß die Grundvermittlung Bayern und die Hauptverwaltung ohne Zustimmung des Generaldirektors vorgegangen seien. (Erneutes Hört, hört.) Man möge daher die Sonderverhandlungen mit der Karlsruher Direktion beschleunigt zum Abschluß bringen. Das Finanzministerium sei demgegenüber entschlossen, an der Forderung der gleichen Behandlung wie Bayern festzuhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Da die Verhandlungen über den Betriebsvertrag so schnell vor sich gehen würden, werde die Regierung erforderlichenfalls zum letzten Rechtsmittel greifen, das ihr das Reichsbahngesetz biete, um die badischen Belange zu wahren. (Beifall.)

Auf eine kurze Anfrage des Zentrums betr. staatliche Hilfeleistung für die Hochwassererschädigten am Oberrhein und betr. den Zeitpunkt der Durchführung der Bodenreparaturerweiterung erwidert Ministerialrat Dr. Bunt, daß, sobald sich die Schäden überblicken ließen, die Regierung vom Landtag die Bewilligung von Mitteln verlangen werde. Der Entwurf über die Bodenreparaturerweiterung sei von dem beauftragten eidgenössischen Amt ausgearbeitet und den beteiligten fünf Kantonen zur Beratung und Zustimmung vorgelegt worden. Auf das Tempo der Verhandlungen habe die badische Regierung keinen entscheidenden Einfluß.

Das Haus geht hierauf zur zweiten Beratung der Novelle zum Gebäudeversicherungs-Gesetz über.

Abg. K i l d e r t (Soz.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen der 1. Lesung. In der Aussprache untertrifft Abg. D. M a n n e r-Karlsruhe (Soz.) die Ausführungen des Fraktionsredners von Au und lehnt wie dieser die Vorlage ab, weil sie einen gesunden sozialen Gedanken vermissen und steuerpolitisch verfehlt sei. Abg. Dr. M a t t e s (D. Sp.) vertritt den Entschuldigungsstandpunkt im Gesetz und äußert erneut Bedenken gegen die vorgeschlagene Verteilung des Steuerertrages. Abg. K a l l e r (Soz.) lehnt die Vorlage mit Rücksicht auf die Landwirtschaft ab. Abg. D e u r i c h (Ztr.) erklärt, die Regierungsparteien verhielten sich keineswegs den Härten des Gesetzes; es gehe aber nicht an, unter den obwaltenden Umständen die Vorlage einfach abzulehnen. Für den Wohnungsbau in Deutschland ist schon sehr viel getan worden. Abg. Dr. E n g l e r (Soz.) spricht von demosaquischer Steuerüberhebung des Landbundes und erklärt, daß auch die Anträge der Volkspartei von dem Grundgedanken der Entschuldigungsabwischen. Abg. Dr. G l o c k e r (Dem.) wiederholt den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion. Er will volle Verwendung der Mittel für den Wohnungsbau, einen ermäßigten Steuerfuß für die gewerblichen Räume und einen anderen Verteilungsschlüssel. Abg. D e r m a n n (D. Sp.) bekämpft das Reichsmittelgesetz und verlangt, daß mit dem Abbau der Zwangswirtschaft endlich ein Anfang gemacht wird. Abg. L e h m e i t e r (Komm.) präzisiert kurz die ablehnende Haltung seiner Gruppe. Abg. Dr. M a t t e s (D. Sp.) tritt der Auffassung entgegen, als ob die Anträge der Opposition nicht ernst gemeint seien. Abg. Dr. S c h o f e r (Ztr.) lehnt sich für schrittweisen Abbau der Zwangswirtschaft ein. Es folgen laute ziemlich heftige Auseinandersetzungen, die zum Teil auf das Gebiet der persönlichen Bemerkungen überreifen.

Die Einzelberatung am Nachmittag verlief beifalllos. Bei Ablehnung aller Anträge der Opposition wurde die Vorlage mit 10 gegen 27 Stimmen nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses auch in zweiter Lesung und damit endgültig angenommen.

Es folgte die Erledigung einer Reihe von Gesuchen. So waren Einwohner der früheren Gemeinde Waldbeuren (Amt Pfullendorf) mit der Bitte an den Landtag hergetreten, die Vereinigung mit Burgweiler wieder rückgängig zu machen. Das Haus beschloß mit 35 gegen 1 Stimme bei 7 Stimmenthaltungen Uebertragung zur Tagesordnung.

Am nächsten Donnerstag, den 1. Juli, vorm. 9 Uhr, wird der Landtag mit der ersten Lesung des Grund- und Gewerbesteuer-Gesetzes beginnen.

Karlsruhe, 25. Juni. (Südwestdeutscher Industriellenverband.)

In seiner dieser Tage hier stattgefundenen Jahresversammlung beschloß der Verband Südwestdeutscher Industrieller u. a. die Neuausgabe des Exportadressbuches der badischen und südwestdeutschen Industrie, ferner die Gründung einer südwestdeutschen Forschungsgesellschaft für industrielle Organisation zur Behandlung und Lösung von betriebswirtschaftlichen und betriebstechnischen Fragen. Der Geschäftsbericht für 1924/25 wurde einstimmig genehmigt und die Umwandlung des Geschäftsführenden Ausschusses in ein Präsidium sowie die Ernennung des Verbandspräsidenten Dr. Nied zum geschäftsführenden Präsidialmitglied beschlossen. Weiter wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung Stellung zu der geplanten Verringerung der badischen Steuererträge genommen und erklärt, daß die im badischen Landtag zur Beratung stehenden Verringerungen der Grund- und Gewerbesteuer sowie der Gebäudeversicherungssteuer in der vorgesehenen Fassung zurzeit der jetzigen kritischen Wirtschaftslage die Vernichtung vieler gefährdeten Betriebe nach sich ziehen würde.

Heidelberg, 25. Juni. (Strefjeman in Heidelberg.) Reichsaussenminister Dr. Strefjeman wird Anfangs August bei Beginn der Heidelberger Schloßfestspiele einen Vortrag über „Goethe und die Freiheitskriege“ halten.

Heidelberg, 25. Juni. (Abgefaßte Diebe.) Zwei Männer von auswärts, die in der Nacht zum Dienstag in einem Heidelberger Hotel Wäsche und Kleider im Gesamtwert von 1000 Mark entwendeten, wurden bei Betreten des Hauptbahnhofes von der Polizei abgefaßt und festgenommen.

Mosbach, 25. Juni. (Hallstattfriedung.) In Klepsau an der Jagt wurde eine Siedlung aus der mittleren Stufe der Hallstattzeit (700 bis 600 v. Chr.) aufgedeckt. Die Funde bestanden aus zahlreichen Topfscherben und einem Stück bearbeiteten Gewebes.

Bühl, 25. Juni. (Brände.) In Kappelroden brannte das Anwesen des Landwirts Lucas Adam bis auf den Grund nieder. Die allein im Hause anwesenden Kinder konnten das Vieh retten, ehe der Vater vom Felde heimkehrte. — In Waldmatt brannte aus bisher noch unbekannter Ursache der Dachstuhl des Johann Rüberbergs Anwesens nieder.

Bühl, 25. Juni. (Gemeindenoranschlag.) Der Vorschlag der Stadt Bühl schließt bei 554 418 Mark Ausgaben mit einem Fehlbetrag von 118 936 Mark ab, zu dessen Deckung 80 Pfennig Umlage (im Vorjahre 57) erhoben werden sollen.

Ettlingen, 25. Juni. (Verkehrsunfall.) Ein schweres Motorradunglück ereignete sich bei den früheren Schießständen in der Bulacher Straße. Der Techniker Had von hier und der Kaufmann Lucht, die auf einem Motorrad von Karlsruhe kamen, fuhren auf den schwer beladenen Wagen des hiesigen Speditzeurs Kirchenbauer von hinten auf. Beide wurden vom Rade in den Straßengraben geschleudert und schwer verletzt.

Reidenstein, 25. Juni. (Töblicher Unfall.) Der 65jährige ledige Landwirt Philipp Ziegler kam unter sein eigenes Fuhrwerk und wurde derart verletzt, daß er nach einigen Stunden starb.

Lodtau (Schwarzwald), 25. Juni. (Schadenfeuer.) Durch einen gestern abend um 11 Uhr ausgebrochenen Brand wurde ein Flügel der Bürstenfabrik Falle in Lodtau vollkommen eingeechert. Die übrigen Gebäude brannten bis auf den ersten Stock nieder.

Gerichtssaal

Verurteilter Betrüger

Forsheim, 24. Juni. Das Schöffengericht verurteilte wegen erschwerter Urkundenfälschung (Blattentfälschung) und Betrugs, sowie Unterschlagung den 24jährigen aus Baden-Dos gebürtigen und in Baden-Baden wohnenden Reisenden Karl Birnbauer zu einem halben Jahr Gefängnis. B., der früher in Forsheim wohnte, war hier für eine Fachschrift als Inzeratenaquifiteur tätig und hatte in 13 Fällen die von den Inzeratensachverständigen unterzeichneten Bestellheine nachträglich hinsichtlich der Zahl der Aufnahmen nach oben abgeändert, um höhere Provisionsbeträge zu erzielen.

Landesverrat

Leisig, 24. Juni. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte heute gegen den Hilfsarbeiter Konrad Ammann aus Oberailingen in Württemberg wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikstufgesetz, sowie wegen Sprengstoffverbrechens und schweren Diebstahls. Ammann stahl im Oktober gemeinsam mit anderen in Markdorf aus einem Schuppen mehrere Kisten Sprengstoffe, die zum Teil zur Herstellung von Sprengkörpern verwendet wurden. Die Mittäter wurden bereits vor einiger Zeit abgeurteilt. Ammann wurde zu einhalb Jahren Zuchthaus und 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus Stadt und Land

Zum Sonntag

Nicht scheitern!
Wenn uns Uebles begegnet und wenn wir Schlechtes sehen, drängt es uns zum Klagen und zum Schelten. Aber das ist eine Antwort des ungeistigen Menschen, über die der geistige Mensch hinauskommen muß. Jawohl; auch das Schelten hat moralische Mängel, aber es ist nicht anders zu beurteilen. Es ist gewiß manchmal ein scharfes Wort am Platze gleichsam zur Reinigung der Luft. Aber zur Beseitigung des Uebelstandes führt nicht das Schelten — das ihn sogar oft noch verschlimmert und verhärtet — sondern das tatsächliche Vorbild des Besseren. Das Haus des Bösen wird nicht leerer, wenn wir mit Steinen dagegen werfen, sondern wenn wir mitbauen am Haus des Guten. Man muß sich — nach einer alten Regel, die unsere Weisen gern eingehärt haben — mit dem Bösen so wenig wie möglich unmittelbar abgeben. Man muß es möglichst mit stiller Berachtung strafen und den ganzen schweren, oft scheinbar aussichtslosen Kampf mit einem stolzen Geiste führen. „Selbst wenn es wahr wäre — ob es gleich nicht wahr ist — daß das Böse regiert, würde mich das stören? Was schiert es mich? Trotz Tod und Teufel halte ich mich zum Guten“ (Krenzien). P. St.

Wahres Leben

Wir müssen recht werden in allen Dingen und nicht fortfahren, bloß leichtsinnigerweise und zum Scherz da zu sein. F i c h t e.

Was wir in uns nähren, das wächst: das ist ein ewiges Naturgesetz. G o e t h e.

Lange leben, wirklich leben, intensiv, mit der ganzen Glut der Seele tief leben! Dieses Leben entdecken, erschließen, entfalten wir aber eher in der Not als im Glück. Wir gewinnen es nur durch Leiden und Kämpfen, Widerstehen und Ueberwinden, nicht durch Genießen und sich treiben lassen. J o h. W i l l e r.

Den in Durlach zum Republikanischen Tag versammelten Reichsbannerleuten zum Gruß!

Am nächsten Sonntag werdet Ihr zahlreich aus ganz Mittelbaden in Durlach versammelt sein. Noch ist unsere Reichslage von einer einschüchternen Minderheit des deutschen Volkes nicht anerkannt, noch gilt es daher für diese Fahne, für die Republik, für unsere Reichsverfassung kampfbereit zu sein. An Eurem im ganzen Reiche zusammengefaßten Willen soll jeder Versuch des Umsturzes im Keime erstickt werden.

Wendet Ihr Euch so voller Entschlossenheit in der Verteidigung der Republik gegen Euren Gegner, so ist Eure Tagung in Durlach aber auch ein vaterländisches Fest. Niemand soll uns Republikaner an Vaterlandsliebe übertreffen. Unter Schwarz-Rot-Gold entstand der deutsche Einheitsgedanke. Unter dieser Flagge vereinten sich vor einem Jahrhundert in feuriger und opfervoller Vaterlandsliebe die Besten des Volkes zur Zusammenfassung aller deutschen Stämme. Aber nicht Knechte, freie Volksgenossen wollen wir Republikaner sein in einem Volke, das sein Schicksal selbst bestimmt. Nur dann kann, das beweist die Geschichte, wahre Vaterlandsliebe gedeihen.

Was auch sonst Eure politische Ueberzeugung sei, welche gesellschaftliche Stellung Ihr Reichsbannerleute einnehmen möget, vereint Euch im Erstreben eines freien deutschen Volkes auf freiem Boden. Gedenket daher auch Eurer Stammesgenossen, die nicht zum deutschen Reiche gehören. — Die Desterreicher gehören zu uns; lasset auch diesen Ruf erschallen und fordert im Namen des heiligsten Rechts, das es gibt, die Selbstbestimmungsrechte eines Volkes, die Minderheitsrechte der Deutschen dort, wo sie vom Reiche abgetrennt sind.

In diesem Sinne entbieten wir Euch unseren Gruß. Sehet als den größten Erfolg Eurer Tagung den an, daß in Euren Herzen entflamme der große Gedanke einer deutschen Republik.

Keine Rundfunksteuer in Berlin.

11. Berlin, 25. Juni. Die Nachtausgabe meldet: Der Berliner Magistrat hat beschlossen, die Besteuerung des Rundfunks endgültig abzulehnen.

Schwere Gewitter und Wolkenbrüche in Süddeutschland.

11. Berlin, 26. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Stuttgart meldet, gingen im Bodenseegebiet schwere Gewitter und Wolkenbrüche und Hagelschläge nieder. Bei Weingarten wurde ein 15jähriges Mädchen vom Blitz erschlagen. In verschiedenen Stellen des Ortes zwei weibliche Personen, darunter eine Mutter von fünf Kindern. Ein Junge, der sich in der Nähe eines Bahngleises aufhielt, wurde gleichfalls getötet. Bei Schorndorf schlug der Blitz in ein zweistöckiges Haus, das bis auf die Mauern niederbrannte. In Neuenstadt wurde ein Mann vom Blitz erschlagen. In anderen Orten wurden außerdem noch drei Personen vom Blitz getötet. In Eßlingen wurden durch einen Wolkenbruch die Straßen in Seen verwandelt. Die Wasser bei Rottenburg ist um 70 Zentimeter gestiegen. Die Wälder führen Federwild, Schafe und Schweine mit sich. In manchen Gegenden waren die Felder in kurzer Zeit 20 Zentimeter hoch mit Schnee bedeckt.

Zur einen amerikanischen Völkerbund.

11. Berlin, 26. Juni. Nach einer Meldung der „Welt“ aus New-York, nahm der in Panama tagende Panamerikanische Kongress eine Entschließung an, die die Schaffung eines amerikanischen Völkerbundes verlangt. Die amerikanischen Staaten werden aufgefordert, schleunigst eine Konferenz einzuberufen, die eine Verfassung auszuarbeiten soll. Der Staat Panama soll die Vorverhandlungen führen.

Ausicht zur Tagung der deutschen Zeitungsverleger.

11. Köln, 25. Juni. Zur Tagung der deutschen Zeitungsverleger in Köln haben sich heute am Freitag bereits mehr als 700 Verleger aus dem ganzen Reich hier eingefunden. Nachdem am Donnerstag der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger tagte, wurde am Freitag abend die Tagung mit einem von der Kölner Presse gegebenen zwanglosen Begrüßungsabend in den Räumen des Zoologischen Gartens eröffnet. Die Hauptveranstaltungen beginnen heute, während die Hauptversammlung des Zeitungsverlegervereins am Sonntag mittag stattfindet.

Sitzung der Völkervereinigung.

11. Paris, 25. Juni. Die Völkervereinigung hielt heute früh im Quai d'Orsay eine Sitzung ab, in der laufende Angelegenheiten erledigt wurden.

Die Pariser Reise des spanischen Königs verschoben.

11. Madrid, 25. Juni. Im Zusammenhang mit aufgedeckten Verschwörungen in Spanien hat König Alfons seine geplante Reise nach Paris vorläufig verschoben.

Turnen Spiel und Sport.

Die Amerikafahrt der Deutschen Turnerschaft

Nach der beabsichtigten Aufnahme, die die deutsche Turnerschaft beim Deutschen Tag gefunden hatte, baute sie sich zur Teilnahme am amerikanischen Bundesturnfest nach Louisville. Hier nahm sie am Begrüßungsabend in der Amory-Hall teil, der über 15000 Turner und Festgäste vereinigte. Die deutsche Riege stand im Mittelpunkt des Abends und erregte durch ihre hervorragenden Leistungen allgemeine Aufmerksamkeit und verdienten Beifall. Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Dr. Dr. Berner, überbrachte die Grüße der deutschen Turner an die amerikanischen. Seine Ausführungen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Für den amerikanischen Turnerbund dankte der Vorsitzende Georg Seibel den deutschen Turnern für ihre Teilnahme am Bundesturnfest und schloß die Hoffnung, daß der Besuch der Riege für die Stärkung des deutschen Gedankens in den Vereinigten Staaten beitragen möge. Erwähnt sei, daß die deutsche Turnerschaft vom Präsidenten der Vereinigten Staaten Coolidge telegraphisch eine Einladung erhalten hat, ein Beweis für die allgemeine Aufmerksamkeit, die das Ausreiten der deutschen Turnerschaft in Amerika erregt hat. Die deutschen Turner nahmen die Einladung an und werden demnächst beim Präsidenten vorstehen.

Bei dem amerikanischen Bundesturnfest errangen 7 Mitglieder der deutschen Turnerschaft Plätze unter den ersten zehn Siegern im Jochkampf, u. a. Pfeiffer, Kaufmann, Weingartner, Sachs und Wölflinger. Pfeiffer steht im 3. Rang. In Anbetracht der Schwierigkeiten anlässlich einer so großen Reise, des Klimawechsels, verbunden mit dem fast täglich verlangten Ausreiten der Riege, sind die erzielten Erfolge außerordentlich gut zu nennen. Das Retournen der deutschen Riege unter Leitung von Turnwart Mühlner wurde allgemein bewundert.

Theater-Spielplan.

für die Zeit vom 26. Juni bis 6. Juli 1926.

a) Im Landestheater:

Samstag, 26. Juni. * D 28, Th.-Gem. 1101-1300. „Reidhardt von Gesehenau“, 7-10 1/2 Uhr. (5.20).
Sonntag, 27. Juni. Nachmittags: Zu ermäßigten Preisen: „Hoffmanns Erzählungen“, 2 1/2-3 1/2 Uhr. (4.-). Abends: * C 29, Th.-Gem. 801-900. Neu einstudiert: „Der Evangelist“, Musikalisches Schauspiel in zwei Aufzügen von Wilhelm Kienzl. 7-10 Uhr. (8.40).
Montag, 28. Juni. * C 28, Th.-Gem. 901-1100. „Die Großstadtluft“, (W.B. S.-G.) 7 1/2-10 Uhr. (5.20).
Dienstag, 29. Juni. * A 29, Th.-Gem. 1. S.-Gr. und 1301-1400. „Donna Diana“, 7 1/2-10 Uhr. (5.20).

Mittwoch, 30. Juni. * D 29. „Lannhäuser“, 7-10 1/2 Uhr. (8.40).

Donnerstag, 1. Juli. * C 29, Th.-Gem. 3. S.-Gr. „Lady Windermeres Fächer“, 7 1/2-10 Uhr. (5.20).

Freitag, 2. Juli. * B 30. „Der Evangelist“, 7 1/2-10 1/2 Uhr. (8.40).

Samstag, 3. Juli. * F 29, Th.-Gem. 2. S.-Gr. Zum erstenmal: „Der Bauer als Millionär“, Romantisches Volksstück von Ferdinand Raimund. Musik von Josef Drechsler. 7 1/2 bis 10 1/2 Uhr. (5.20).

Sonntag, 4. Juli. Nachmittags: Zu ermäßigten Preisen: „Cavalleria rusticana“, „Der Bojazzo“, 2 1/2-3 1/2 Uhr. (4.-). Abends: * C 29. „Martha“, 7-10 Uhr. (8.40).

Montag, 5. Juli. * Volksbühne 11. „Romeo und Julia“, 7 1/2 bis gegen 11 Uhr. (5.20). Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten.

Dienstag, 6. Juli. * C 30, Th.-Gem. 1401-1525. „Donna Diana“, 7 1/2-10 Uhr. (5.20).

b) In der Stadt. Festhalle:

Donnerstag, 1. Juli. Zu billigen Preisen: Walzer- und Marschabend des Bad. Landestheater-Orchesters. Leitung: Ferdinand Wagner. 8-10 Uhr. (1.- bis 3.-).

In den Preisen sind das Programmheft und die Sozialabgabe inbegriffen.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsvorrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 26. Juni, nachmittags 3 1/2-5 Uhr; allgemeiner Vorkauf und weiterer Umtausch am Sonntag, den 28. Juni. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung (9-1, 4-6 Uhr) in der Geschäftsstelle.

Kartenannahmestelle: Durlach; Musikhaus Weiß.

Handel und Verkehr.

Amliche Berliner Devisenkurse vom 24. und 25. Juni

	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam (100 Gulden)	168.51	168.83	168.53	168.85
Buenos Aires (100 Pes.)	1.988	1.692	1.689	1.689
Brüssel (100 Francs)	12.08	12.12	12.28	12.32
Lisbon (100 Kronen)	92.48	92.72	92.23	92.47
Kopenhagen (100 Kronen)	111.25	111.54	111.21	111.49
Stockholm (100 Kronen)	112.56	112.84	112.61	112.89
Schweden (100 Smk. Nkr.)	10.55	10.59	10.55	10.59
Italien (100 Lire)	15.25	15.29	15.48	15.52
London (1 Pfund Sterl.)	20.413	20.465	20.413	20.465
Holland (1 Dollar)	4.195	4.205	4.195	4.205
Paris (100 Francs)	12.06	12.10	12.38	12.42
Schweiz (100 Franken)	81.205	81.405	81.18	81.38
Spanien (100 Peseten)	64.11	68.29	68.32	68.30
Wien de Banco (100 Schilling)	0.666	0.668	0.668	0.670
Wien (100 Schilling)	59.39	59.50	59.36	59.50
Braun (100 Kronen)	12.418	12.458	12.422	12.462
Danzig (100 Gulden)	81.03	81.23	81.03	81.23

Wunderliches Wetter für Sonntag.

Unter dem Einfluß des westlichen Hochdrucks ist für Sonntag nur wenig bedecktes, mehrfach heiteres und in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Persil
die richtige Mergel!

1 Paket auf 2 1/2 - 3 Eimer Wasser - so sagt die Vorsehrift, und so ist es richtig! Nehmen Sie aber Persil allein, ohne jeden Zusatz!

Zum Einweichen ist Senko Bleich-Soda unübertroffen; Senko macht hartes Wasser weich.

Ob Sie krank sind
genesend oder gesund, immer wird der Genuß des **Bawena-Nährbieres**

der Brauerei Moninger Karlsruhe, das als Spezial-Marke nach einem patentierten Verfahren hergestellt ist, durch seinen geringen Alkoholgehalt und seinem Extraktreichtum gesundheitsfördernd und kräftigend wirken.

Wie die vielen ärztlichen Gutachten bezeugen, wird Bawena-Nährbier von Ärzten da verordnet, wo durch Krankheit, Wochenbett und Unterernährung, Schwächezustände des menschlichen Körpers in stärkerer Form zu überwinden sind und junge Mütter ihre Kinder ohne Schädigung selbst stillen.

Bawena-Nährbier ist für Kranke, Genesende und Gebirge ein Kräftigungsmittel ganz vorzüglicher Art und ist in allen, durch die blauen Moninger Plakate kenntlichen Geschäften zu beziehen.

Ne: F. Emmert, zur Blume; D. Walschburger, Lindenstraße 12.
Durlach: E. Fischer, Feinloft-Edlg., Hauptstr. 46.
Kernstr. 55; Kirch-Abtheile, E. Gromann, Baldstr. 10; Kernstr. 434; G. Dand, Edlg., Hauptstr. 19; W. Hagemann, Edlg., Friedr.-str. 4; S. Seegermann, Edlg., Hauptstr. 7; E. Dordacher, Edlg., Weiberstr. 20; Geisow, Waier, Edlg., Schillerstr. 4; J. Müller Wwe., Hauptstr. 14; S. Sander, Lebensmittel, Weiberstr. 14; R. Sander, Edlg., Hauptstr. 35; L. Seeger Wwe., Palmstr. 3; R. Schaber, Edlg., Weiberstr. 5; D. Schent, Edlg., Hauptstr. 84; Pfennig & Co., Filialen Auerstr. 8; Wöhrerstr. 8 und Hauptstr. 1.
Gröningen: L. Arbeit Edlg.; Cafe Dopy; Jaf. Bollmer, Edlg.
Verkaufen: D. Hartmann zur Kanne; Fr. J. Hübner, Edlg., Wöhrerstr. 8; W. Meber, zur Krone.

Zum erhaltene Singel **Möbl. Zimmer** zu vermieten. In ertragen im Verlaa.

Keine Erkältung
trotz Regen und Kälte - wenn Sie trockene Füße behalten. Dies erreichen Sie aber nur, wenn Ihre Schuhe wasserdicht sind. Pflegen Sie diese daher nur mit **Nigrin** und Sie haben immer wasserdichte Schuhe und trockene Füße.

Maul- und Klauenheute in Karlsruhe-Riethelm.

Während die Maul- und Klauenheute in Karlsruhe-Riethelm im Erlöschen ist, werden die in den Städten getroffenen Anordnungen nicht aufgehoben.

Karlsruhe, 25. Juni 1926. (D. S. 133).
Vob. Bezirksamt - Polizeidirektion B.

Feldweaspeere.

Das Betreten der Feldgemarke zur Nachtzeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens ist verboten, auch den Besitzern und Pächtern von Grundstücken, verboten. Das Verbot erstreckt sich bis 1. November d. J. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Durlach, den 24. Juni 1926.
Der Oberbürgermeister.

Preßkroh Meie Futtermehl Futterhafer

empfehlen fortwährend **Karl Zoller**

Mittelstr. 10. Tel. 82.

Zu verkaufen: Bekleete Wäschkommode, Verrißow und Kleiderkasten, sowie Kleiderkasten in eichen, hell und dunkel

Wilhelm Stier, Schneiderei, Verkauften.

Fahrräder

Wachen-Maschinen

von 120 Mark an bei 20 Anzahlungen, günstig. Zahl-Verd.

Reparaturen, Radwechsel, Gummi- u. Ersatzteile, Eigene Emailierung u. Versicklung, Reparaturen an Kraftfahrzeugen, Klebte Reparatur, Werkstätte am Platz. Billigste Preise.

Heinrich Busch,
Durlach Hauptstr. 73 im Gumbrius.

Prima gelbe **Speisekartoffel** sind fortwährend zu haben

Heinr. Sander
Hauptstr. 35 Tel. 414

Möbl. Zimmer mit elektrischem Licht zu vermieten. Auerstraße 59.

Bruchleidende

Gehen Sie nicht auf verlockende unwahre Inserate, sondern zu einem langjährigen Fachmann. Mein Bruchband „Idol“ eig. Syst. oder das Bruchband Kolumbus D. R. P. ist das Beste was existiert, ohne Feder, kein harter Ledergürtel oder Eisenbügel, rutscht und deht nicht, Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel- und Vorfalbinden, Geradenhalter, sowie Bandagen aller Systeme u. s. w. Dreißigjährige Erfahrung. Reelle Bedienung. Von mehr als 50000 Bruchleidenden mit bestem Erfolg getragen. Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in Karlsruhe, Dienstag, 29. Jaan von 8-4 Uhr, im Hotel „Sonnen“, Kreuzstr. 33.

Bandag.-Spezialist Eugen Frol, Stuttgart,
Kronenstr. 45.

Sommerpferdedecken 5.

per Stück 8.- 7.- 6.-

Große Auswahl in **Matratzendrellen, Bettbarchente, Bettfedern**

Lagerbesuch lohnend!

Arthur Baer, Karlsruhe, Kaisersstr. 133

Eingang Kreuzstr. gegenüber der kleinen Kirche Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.

Insulieren bringt Erfolg!

Kavalier Extra FÜR SCHUHE U-LEDER

ÜBERALL BEVORZUGT!

FÜR PARKETT U-LINOLEUM

Bodenwachs Union

UNION-AUGSBURG.

Möbel

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen

sowie einzelne **Möbelstücke**

Betten, Schränke, Tische, Stühle, Vertikos, Büfets, Divans, Chaiselongues usw. in bekannt großer Auswahl zu allerbilligsten Preisen.

Möbelhaus

Maier Weinheimer

Kronenstr. 32, KARLSRUHE, Telefon 2415.
Zahlungserleichterung.

Bis einschließlich Montag
Volksvorstellung zu halben Preisen

Wetter- lenchten

Ein Kampf in 6 Akten
In den Hauptrollen
Lia Elbenschütz, Wilhelm Dieterle
Terra-Wochenschau
— 12 Akte —

Sonntag nachmittag 1/3 Uhr Großes Lustspieljugenprogramm 16 Akte. Eintritt 30 ₤.
Anfangszeiten: Wochentags 7 und 9 Uhr, Sonntags 5, 7 und 9 Uhr.

Beiprogramm:
„ER“ Harold Lloyd beim Maharadja
„ER“ im Sanatorium
„Eine tolle Nacht“
mit Monty Banks

Liederkränz Durlach.

Die verehr. Mitglieder nebst Angehörigen werden zu dem am Sonntag, den 27. Juni ds. Js. stattfindenden Familienausflug mit Tanz in den Wald in Bergheim freundlich eingeladen. Bei schönem Wetter: Wanderung über den Rittnermitzjammelauf um 2 Uhr h. Gymnasium.
Bei schlechtem Wetter: Abfahrt 1 1/4 Uhr nach dem Bahnhof.
Der Vorstand.

Durlach **Parkschlössle** Durlach
Sonntag, den 27. Juni bei günstiger Witterung
Eröffnung der
Freilichtfilmvorführungen
mit erstklassiger Musikillustration.
Beginn bei eintretender Dunkelheit um 1/10 Uhr abends.



Man rühre mich kalt an
und lasse mich dann 20 Minuten kochen. Alsdann verwandle ich mich in 6 Teller hochfeine, schmackhafte Suppe. Meine Familie besteht aus den Sorten: Erbsen, Erbsen mit Speck, Erbsen mit Reis, Blumenkohl, Spargel, Tomaten, Grünkern, Pilz, Ochsenchwanz, Krebs, Teigwaren. Dabei bin ich so billig! Jeder Kaufmann hat mich.

Knorr

Suppen in Wurstform

Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold

Ortsgruppe Durlach.
Deute abend 7,15 Uhr Eintreten sämtlicher Kameraden am Bahnhof zur Abholung des Gaubauers.
Sonntag, den 27. Juni, nachm. 1/1 Uhr Eintreten sämtlicher Kameraden auf dem Schloßplatz zur Abholung des neuen Bauers.
Die Führung.



Friedrich Sauder

Kohlenhandlung

empfiehlt zu
Sommerpreisen
Holz, alle Sorten Kohlen, Hüttenkoks, Gaskoks zu gleichen Preisen wie beim Städt. Gaswerk
Beste Qualitäten — Reelle Bedienung

Der Weg lohnt sich, wenn Sie nach Aue gehen!

Nähmaschinen, neu von M. 140 an	Gasherde, weiß emailliert, 3 Loch mit Backofen von M. 65 an
Nähmaschinen, geb. von M. 70 an	Comb. Herde, weiß emailliert, 3 Loch u. Backofen f. Gas M. 160
Fahrräder von M. 100 an	2 Loch f. Kohlen von M. 100 an
Gepäckträger von M. 0,50 an	
Rockhalter 3 St. M. 0,90	

Auto-Benzin u. -Öle, sämtliche Ersatzteile f. Fahrräder.
Jede Nähmaschine wird beim Käufer kostenlos eingeleitet, auf Wunsch wird Stopp- und Stickerunterricht erteilt.
Zahlungserleichterung ohne Preisanschlag.
Erstes u. größtes Nähmaschinen- u. Fahrrad-Spezialgeschäft in Aue
Frieda Hübner
Hauptstrasse 12.



Kaufmännischer Verein Durlach, E. V.

Zur 28. ordentlichen Hauptversammlung
werden die Mitglieder hiermit auf Samstag, den 10. Juli 1926, abends 8,30 Uhr in die „Krone“ (2. Stock) höflich eingeladen.
Tagesordnung nach § 14 der Statuten.
Anträge der Mitglieder zur Hauptversammlung sind nach § 15 der Statuten mindestens 8 Tage vorher beim Vorstand einzureichen.
Der Vorstand.
NB. Wir bitten nochmals, die der Bücherei entnommenen Bücher spätestens Mittwoch, den 30. ds. Mts. abzugeben.
D. D.

Privat-Handelschule Merkur

Karlsruhe, Karlstr. 13. Telephon 2018
Neue Tages- und neue Abendkurse
Buchhaltung (Anfänger und Fortgeschrittene), kaufm. Rechnen, Handelsbetriebslehre, Briefwechsel, Steuerwesen, Bürgerkunde, Maschinenschreiben, Reichskurzschrift, Schönschreiben (Schriftverbesserung), Rundschrift, Plakatschrift, Sprachen für Anfänger und Fortgeschr. (Englisch, Spanisch, Holländisch, Französisch), Nachschulung Zurückgebliebener in Sonderklassen.
Beginn 1. Juli 1926. Die Schulleitung: Dr. K. DOLL.

Josef Krebs

Bücherrevisor und Steuerberater
(beim Landesfinanzamt zugel. Steuerfachverständiger)
Durlach-Aue i. B. Telephon Nr. 635
übernimmt das laufende Nachtragen der Geschäftsbücher im Abonnement durch bestgeeignetes Personal.
Reinigung von Geschäftsbüchern nach vereinfachten eigenen Systemen und unter Berücksichtigung der Eigenart des einzelnen Betriebes.
Finanzierungen, Sanierungen, Gesellschaftsgründungen, Verträge jeder Art, Erledigung sämtlicher Steuerangelegenheiten nebst Reklamationen, Einsprüche und Beschwerden etc.

„Goldner Löwen“

gegenüber dem Rathaus.
Samstag u. Sonntag
Jazz-Konzert.
heute Samstag: Schlachttag.
Reform u. doch elegant sind
Damen **Stephan Schuhe** Herren
Alleinverkauf Reformgeschäft
O. Hanisch, Karlsruhe, Augartenstr. 69.
Telefon 876

Turnverein Durlach

gegr. 1878
Spielabteilung.
Deute abend 1/9 Uhr Versammlung im Turnheim.
Am Sonntag 1. und 2. Handballmannschaft in Markt.
Der Spielwart.
Die Teilnehmer an den Gannweiserhoffestwettkämpfen in volkstümlichen Lebewagen treffen sich morgen früh 1/7 Uhr an der Eishalle Karlsruher Allee.
Der Sportwart.

Bankhaus Veit L. Homburger

Tel. 35, 36
4391 bis 4397
Karlsruhe i. B. Karlstr. 11
postg. 1054
Postcheck 30
empfiehlt sich zur Erledigung aller einschlägigen Geschäfte insbesondere
Ankauf von Wertpapieren (10%ige Goldpfandbriefe)
Annahme von Depostengeldern
Hypothekengelder-Ausleihung und -Beschaffung
Aufwertungsangelegenheiten
Nachabregelungen und Vermögensauseinandersetzungen.

Schönes reines Bett prima Arbeit, Spiegel, schwarz, Bajaltonmodell mit Marmor u. Spiegel aufbau, schöner Nachttisch, feineres Bett mit Spiegel, schön, Kommode, Kleiderständer, schöner Kleiderbügel, Kleiderkasten mit Einrichtung, K. Tisch, Kledenschrank, alles sehr billig zu verkaufen.
Lehmann, Karlsruhe, Kriegsstr. 64, part.

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Küchen
Einzelmöbel
in großer Auswahl, zu billigen Preisen.
Möbelschneiderei u. Lager
Gustav Sauder
— Pflanzstr. 17. —

Verein für das Deutschtum im Ausland

Montag, den 28. ds. Mts. abends 8 Uhr hält im Gasthaus zur Blume Herr Prof. Max Weidmann, der Obmann des Landesverbandes Baden, einen Vortrag über
Das Deutschtum im Ausland
Zu dieser Veranstaltung ist jedermann herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Heute
Schlachttag.
Bohlinger z. Weinberg.
Schöne 3-Zimmerwohnung mit Bad, Küche und allem Zubehör auf 1. Juli zu vermieten.
Angebote unter Nr. 271 an den Verlag.

NW&K WOLLGARNE

Dreilaufwolle
für alle Arten moderner Handarbeiten
Überall erhältlich! Auf Wunsch Bezugsquellen-Nachweis durch Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G.m.b.H., Altona-Bahrenfeld

3 Wochen verweist
Dr. med. Christa Mühlenbeck
Abonnenten berücksichtigen unsere Inserenten!

Hütet
Eure Augen
Fochtenberger
Chinesischer Wasser

das einzige in seiner Art, stärkt die Sehkraft und ist durch seine desinfizierende Wirkung ein Vorbeugungsmittel gegen Augenkrankheiten, besonders Entzündungen. Verlangen Sie bitte ausführliche Prospekte mit Gebrauchsanweisung in den einschlägigen Geschäften.